

24.06.2025

Evaluation des Prostituiertenschutzgesetzes vorgelegt LSVD+ fordert Abschaffung des ProstSchG

Berlin, 24.06.2025. Heute hat das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend dem Bundestag die Ergebnisse zur umfangreichen und unabhängigen Evaluation des Prostituiertenschutzgesetzes (ProstSchG) vorgelegt. Es wurden bei der Evaluation auch Sexarbeitende einbezogen. Das kommentiert **Alva Träbert für den Bundesvorstand des LSVD+ – Verband Queere Vielfalt** wie folgt:

Seite an Seite mit Sexarbeitenden fordern wir eine vollständige Entkriminalisierung von Sexarbeit. Das Prostituiertenschutzgesetz ist kein geeignetes Instrument zur Bekämpfung von Ausbeutung und Gewalt. Menschenhandel – sei es zur Arbeitsausbeutung oder zur sexuellen Ausbeutung – ist eine Menschenrechtsverletzung, für deren strafrechtliche Verfolgung es in Deutschland und der EU richtigerweise bereits spezifische gesetzliche Regelungen gibt. Staatliche Überwachung in Form einer Anmeldepflicht - wie im ProstSchG - schützt Sexarbeitende nicht.

Die aktuell an das Prostituiertenschutzgesetz geknüpften Beratungs-, Versorgungs- und Sozialleistungen müssen auf andere Weise gewährleistet werden. Diskriminierungsschutz muss ohne Registrierungspflicht konzipiert und maßgeblich verbessert werden. Denn: Sexarbeiter*innen sind in besonderem Maße von Gewalt, Diskriminierung, Stigmatisierung und Ausgrenzung betroffen. Gleichzeitig werden sie von Staat und Gesellschaft bei der Ausübung ihrer Arbeit bevormundet. Trotz der Legalisierung von Sexarbeit in Deutschland gibt es keinen ausreichenden Zugang zu zielgruppenspezifischer Gesundheitsversorgung und unabhängigen Beratungsstrukturen – diese Situation wird durch häufig vorliegende Mehrfachdiskriminierung oder Sprachbarrieren noch verschärft.

Wir begrüßen den angekündigten Einsatz einer unabhängigen Expert*innen-Kommission - unter der Voraussetzung, dass diese die Expertise von Sexarbeitenden selbst zentral miteinbezieht. Vom Prostituiertenschutzgesetz Betroffene weisen seit Jahren auf die negativen Auswirkungen der Rechtslage hin, sie müssen die nächsten Schritte nun aktiv mitgestalten.

Weiterlesen:

- <https://www.lsvd.de/de/ct/13146-Gegen-die-Diskriminierung-von-Sexarbeitenden> [/de/ct/13146-Gegen-die-Diskriminierung-von-Sexarbeitenden]

- <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/evaluation-des-gesetzes-zur-regulierung-des-prostitutionsgewerbes-sowie-zum-schutz-von-in-der-prostitution-taetigen-personen-prostituiertenschutzgesetz-prostschg--266228> [https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/evaluation-des-gesetzes-zur-regulierung-des-prostitutionsgewerbes-sowie-zum-schutz-von-in-der-prostitution-taetigen-personen-prostituiertenschutzgesetz-prostschg--266228]

- <https://www.lsvd.de/de/ct/8830-beschluss-sexarbeit-selbstbestimmung-statt-stigma> [/de/ct/8830-beschluss-sexarbeit-selbstbestimmung-statt-stigma]

Bundespressestelle

Almstadtstr. 7
10119 Berlin

Tel.: 030 – 789 54 778
Fax: 030 – 789 54 779

E-Mail: presse@lsvd.de
Internet: www.lsvd.de

Pressemitteilung



- <https://www.lsvd.de/de/ct/14206-kommentar-koalitionsvertrag> [/de/ct/14206-kommentar-koalitionsvertrag]

Der LSVD+ – Verband Queere Vielfalt e.V. ist ein Bürgerrechtsverband und vertritt die Interessen und Belange von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI).

Gleiche Rechte, Vielfalt und Respekt – wir wollen, dass LSBTI als selbstverständlicher Teil gesellschaftlicher Normalität akzeptiert und anerkannt werden.